ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Schaft, Wolfgang

Article — Published Version

Konjunkturschlaglicht: Korrektur der Steuerschätzung

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Schaft, Wolfgang (2001) : Konjunkturschlaglicht: Korrektur der Steuerschätzung, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 81, Iss. 6, pp. 356-357

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/40884

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Konjunkturschlaglicht: Korrektur der Steuerschätzung

Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder waren in den ersten vier Monaten dieses Jahres kaum höher als im gleichen Vorjahreszeitraum (+0,1%). Ausschlaggebend dafür waren die Einnahmenausfälle infolge der zum Jahresbeginn in Kraft getretenen ersten Stufe der „Steuerreform 2000". Überdies ist bei der 1996 eingeführten Eigenheimzulage, die über sechs Jahre mit der Einkommensteuer verrechnet und die überwiegend im März ausgezahlt wird, ein weiterer Jahrgang hinzugekommen. Auch waren bei der Einkommensteuer die Nachzahlungen für frühere Jahre niedriger; hier wirkt immer noch die Konjunkturflaute im Gefolge der Finanzkrisen in Asien, Russland und Lateinamerika nach. Schließlich lagen die Einnahmen aus der Umsatzsteuer um gut 2% unter dem Vorjahr, auch weil die steuerbelasteten Wohnungsbauinvestitionen seit Anfang letzten Jahres deutlich zurückgegangen sind.

In diesem Jahr wird die Entwicklung der Steuereinnahmen von der – erst mit Verzögerung von mehreren Monaten – voll kassenwirksamen „Steuerreform 2000" geprägt. Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen" hat im Mai eine neue Prognose der zu erwartenden Steuereinnahmen für dieses und für die folgenden vier Jahre vorgelegt[1]. Danach ist in diesem Jahr mit einem Steueraufkommen von 891 Mrd. DM zu rechnen, das sind 8½ Mrd. DM weniger als noch bei der Steuerschätzung im November vergangenen Jahres prognostiziert worden war. Damals waren zwischenzeitlich beschlossene Steuervergünstigungen in Zusammenhang mit der Energieverteuerung noch nicht berücksichtigt; ohne sie betrügen die Mindereinnahmen knapp 7 Mrd. DM (vgl. Tabelle). Die Korrekturen sind zum großen Teil Reflex der seit Herbst letzten Jahres spürbar schwächeren Konjunktur in Deutschland. Bereits im vergangenen Jahr fielen deshalb die Steuereinnahmen um knapp 10 Mrd. DM niedriger aus als noch im November erwartet. Für dieses Jahr wurden insbesondere die Annahmen über die für die Umsatzsteuer relevante Inlandsnachfrage und über die Gewinnentwicklung zurückgenommen; danach wird das Aufkommen der Umsatzsteuer um rund 4 Mrd. DM und das der Einkommensteuer um 2½ Mrd. DM geringer sein als noch vor einem halben Jahr angenommen. Bei der Mineralölsteuer wurden Verbrauchseinschränkungen als Reaktion auf die gestiegenen Öl bzw. Kraftstoffpreise unterstellt, das erwartete Aufkommen wurde um fast 2 Mrd. DM nach unten revidiert.

Für 2002 bis 2005 wird das Steueraufkommen nach der Schätzung des Arbeitskreises im Durchschnitt mit 3,7% pro Jahr schwächer zunehmen als das nominale Bruttoinlandsprodukt, so dass die gesamtwirtschaftliche Steuerquote von 21,7% im Jahre 2001 auf 21,4% im Jahre 2005 sinkt. Dieses ist der niedrigste

Ergebnisse des Arbeitskreises „Steuerschätzungen" Mai 2000 bis Mai 2001[1]

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Mai 2000	Mrd. DM						
Steuern insgesamt (Mrd. DM)	886,1	911,5	941,1	967,9	1018,3	1070,7	-
Zuwachsrate in %		2,9	3,2	2,8	5,2	5,1	-
Steuerquote (in % des nominalen BIP)		22,8	22,5	22,3	22,5	22,8	-
Gesamtwirtschaftliche Eckwerte (Zuwachsraten in %)							
Bruttoinlandsprodukt nominal	3877,1	3 1/2	4	4	4	4	
Bruttolöhne und -gehälter (Inlandskonzept)	1641,4	2 1/2	3	3	3	3	-
Unternehmens- u. Vermögenseinkommen	818,6	5 1/2	6	7	7	7	-
November 2000							
Steuern insgesamt (Mrd. DM)	886,1	921,0	899,5	-	-	-	-
Abweichung gegenüber Mai 2000 in Mrd. DM		9,5	-41,6	-	-	-	-
darunter: Steuerrechtsänderungen			-46,9				
Steuerquote (in % des nominalen BIP)		23,1	21,8	-	-	-	-
Gesamtwirtschaftliche Eckwerte (Zuwachsraten in %)							
Bruttoinlandsprodukt nominal	3877,2	3	3 1/2				
Bruttolöhne und -gehälter (Inlandskonzept)	1662,7	3 1/2	3	-	-	-	-
Unternehmens- u. Vermögenseinkommen	821,4	2 1/2	5	-	-	-	-
Mai 2001							
Steuern insgesamt (Mrd. DM)	886,1	913,9	891,1	929,0	962,3	1009,8	1030,8
Zuwachsrate in %		3,1	-2,5	4,2	3,6	4,9	2,1
Abweichung gegenüber Nov. bzw. - ab 2002 - Mai 2000 in Mrd. DM			-8,4	-38,9	-56,0	-60,9	-
darunter: Steuerrechtsänderungen			-1,6	-23,7	-38,7	-34,9	-
Steuerquote (in % des nominalen BIP)		23,0	21,7	21,8	21,7	21,9	21,4
Gesamtwirtschaftliche Eckwerte (Zuwachsraten in %)							
Bruttoinlandsprodukt nominal	3877,2	2,6	3 1/2	4	4	4	4
Bruttolöhne und -gehälter (Inlandskonzept)	1662,7	3,3	2 1/2	3 1/2	3	3	3
Unternehmens- u. Vermögenseinkommen	810,9	1,6	5	4 1/2	7	7	7

[1] Im November werden die Steuereinnahmen üblicherweise nur für das laufende und das folgende Jahr geschätzt.

[1] Die Schätzungen der Arbeitskreise gehen in der Regel vom Status quo – d.h. vom geltenden Steuerrecht – aus. Sie erfolgen auf der Grundlage von Annahmen über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, die von der Bundesregierung vorgegeben werden.

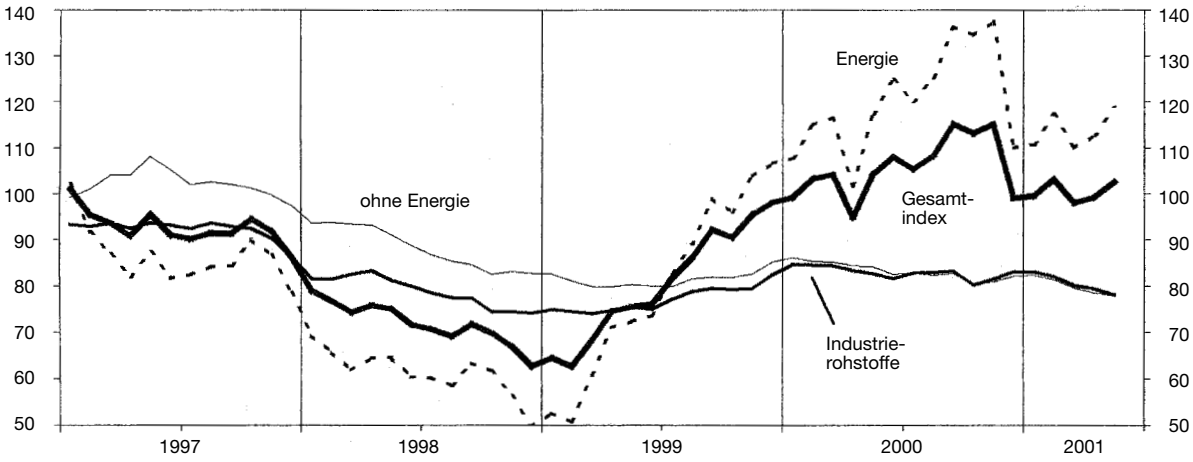
Stand seit der deutschen Einheit. Maßgeblich dafür sind die zweite und die dritte Stufe der „Steuerreform 2000“, die in den Jahren 2003 und 2005 zu weiteren Steuerentlastungen von rund 15 Mrd. bzw. 43 Mrd. DM führen werden.

Der Schätzung der Steuereinnahmen für die Jahre 2002 bis 2005 liegen Annahmen über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung zugrunde, die sich wenig von denen der letzten vergleichbaren Steuerschätzung im Mai 2000 unterscheiden. Für das Jahr 2002 wird als Nachwirkung der jetzigen Konjunkturflaute nunmehr von einer geringeren Zunahme der Unternehmens und Vermögenseinkommen ausgegangen; dem steht aber eine etwas stärkere Zunahme der Bruttolöhne und -gehälter gegenüber. Im Vergleich zur letzten mittelfristigen Steuerschätzung, die allerdings die „Steuerreform 2000“ noch nicht berücksichtigte, ergeben sich für 2002 bis 2004 jährliche Steuermindereinnahmen von 39 bis 61 Mrd. DM. Unter Einbeziehung der zwischenzeitlich beschlossenen steuerlichen Maßnahmen verbleibt eine negative Schätzabweichung von 15 bis 26 Mrd. DM pro Jahr. Diese Korrektur ist überwiegend Folge der gegenwärtigen konjunkturellen Abschwächung. Dabei wirkt sich die konjunkturbedingt ungünstigere Gewinnentwicklung bei den Veranlagungssteuern noch bis in das Jahr 2004 aus.

Angesichts des zu erwartenden niedrigeren Steueraufkommens wird die von der Regierung für das Jahr 2001 angestrebte Begrenzung des gesamtstaatlichen Finanzierungsdefizits auf 1,5% des Bruttoinlandsprodukts nicht zu erreichen sein, zumal auch infolge der ungünstigeren Arbeitsmarktentwicklung Mehrausgaben abzusehen sind. Soweit das höhere Staatsdefizit konjunkturbedingt ist, ist es aber hinzunehmen, damit die automatischen Stabilisatoren wirken können. Die schwächere Konjunktur erschwert auch das im Rahmen der „Finanzpolitischen Leitplanken“ vom November 2000 genannte Vorhaben, das gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit bis zum Jahre 2004 abzubauen und einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen.

Wolfang Schaft, Tel.: 040/42834-345
schaft@hwwa.de

HWWA-Index der Weltmarktpreise für Rohstoffe



1990 = 100, auf US-Dollar-Basis.

HWWA-Index mit Untergruppen[a]	2000	Nov. 00	Dez. 00	Jan. 01	Feb. 01	Mrz. 01	Apr. 01	Mai. 01
Gesamtindex	105,9	115,2	99,1	99,6	103,1	98,1	99,3	102,6
	(31,5)	(20,7)	(0,9)	(0,3)	(–0,2)	(-5,8)	(4,6)	(-1,6)
Gesamtindex, ohne Energie	83,3	81,0	82,1	82,4	81,4	79,7	78,6	78,0
	(2,3)	(–2,0)	(–3,6)	(–4,4)	(–4,6)	(-6,5)	(-6,9)	(-7,3)
Nahrungs- und Genußmittel	84,3	79,4	79,2	80,2	79,5	78,1	76,2	77,4
	(–10,5)	(–13,5)	(–15,1)	(–11,4)	(–9,2)	(-10,8)	(-13,0)	(-12,6)
Industrierohstoffe	83,0	81,6	83,1	83,1	82,1	80,2	79,5	78,2
	(7,5)	(2,5)	(0,8)	(–1,8)	(–3,0)	(-5,0)	(-4,7)	(-5,4)
Agrarische Rohstoffe	81,9	81,9	83,0	82,8	81,8	80,3	79,1	75,9
	(4,2)	(3,8)	(1,2)	(–0,7)	(–1,4)	(-3,7)	(-5,6)	(-6,8)
NE-Metalle	83,0	79,0	82,1	82,1	81,0	77,6	76,4	78,3
	(15,5)	(–0,6)	(–0,5)	(–5,5)	(–6,8)	(-8,3)	(-4,6)	(-4,9)
Energierohstoffe	120,6	137,5	110,1	110,8	117,3	110,1	112,7	118,7
	(50,9)	(32,4)	(3,2)	(2,8)	(2,0)	(-5,5)	(10,9)	(1,1)

[a] 1990 = 100, auf US-Dollar-Basis, Periodendurchschnitte; in Klammern: prozentuale Änderung gegenüber Vorjahr.

Für Nachfragen: Tel. (040) 42834358/320